Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 67. Mittwoch den 21. März. 1849.

Inland.

Berlin, den 19. März. Der Landgerichts-Assessor und Notariats-Kandidat Johann Baum zu Aachen ist zum Notar für die Friedensgerichts-Bezirke Aachen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Aachen, ernannt; dem beim Land- und Stadtgerichte zu Sangerhausen angestellten Justiz-Kommissarius Romeiß zu Artern bis zum Eintritte der Justiz-Organisation die Prozeß-Praxis bei den Patrimonial Gerichten des Sangerhausenschen Kreises gestattet; und dem Komponisten und Gesanglehrer Julius Stern zu Berlin das Prädikat Musik-Direktor beigelegt worden.

Der Generalmajor und Inspektor der 2ten Artillerie-Inspektion, von Jenichen, ist nach Küstrin abgereist.

Berlin, den 20. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem bei dem Ministerium des Innern angestellten Geheimen expedirenden Secretair und Kalkulator Nobiling den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Der Fürst zu Lynar ist nach Dresden; Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Camphausen nach Köln, und Se. Excellenz der Großherzoglich Sächsische Wirkliche Geheime Rath und Staats-Minister von Watzdorf ist nach Weimar abgereist.

Berlin, den 16. März. Der Botaniker und Reisende Richard Schomburgk, der im Begriffe steht, mit seinem Bruder nach Australien auszuwandern, hat von Ihrer Majestät der Königin für die Ueberreichung seines ausgezeichneten Werkes über Guiana ein kostbares, vom Hofbuchbinder Moßner angefertigtes Reise-Nezessaire erhalten, mit inliegendem Album, auf dessen erstem Blatte Ihre Majestät eigenhändig folgende Zeilen eingezeichnet hat:

„Zum Andenken und mit den besten Wünschen für eine glückliche Reise."

Charlottenburg, den 13. März 1849.

Elisabeth,
Königin von Preußen.

Seine Majestät der König haben dem verdienstvollen Reisenden ein bedeutendes Geldgeschenk zustellen lassen. Außerdem nehmen die beiden Brüder die besten englischen und deutschen Empfehlungsbriefe in ihre neue Heimath hinüber. Alexander v. Humboldt, der edle Beförderer alles Guten und Nützlichen, hat seinen scheidenden Freunden ein warmes Empfehlungsschreiben an alle diejenigen mitgegeben, die seinen Namen achten.

Berlin, den 17. März. (A. Z. K.) In Potsdam soll gestern ein kleiner Krawall stattgefunden haben. Der General von Wrangel hatte sich herüber begeben, und um die Präzision der Truppen zu prüfen, dieselben unerwartet durch Generalmarsch zusammen rufen lassen. Dieselben, deren Zahl sich in Potsdam jetzt auf 5000 Mann belaufen soll, waren auch alsbald zur Zufriedenheit des Oberbefehlshabers in den Marken mit vollem Feldgepäck erschienen. Bei den darauf veranstalteten militairischen Evolutionen waren aber Konflikte mit einigen Zuschauern entstanden, welche nicht vom Platze weichen wollten. Es wurden endlich Verhaftungen vorgenommen, wobei viel Geschrei ertönte. Zu weiteren Konflikten ist es nicht gekommen.

— Die Minorität der Adreßkommission bestehend aus den Herren Rodbertus, Dane, Grün, Riotte, von Berg und Lipski hat mehrere Amendements zur Adresse eingereicht, nachdem solche von allen übrigen Mitgliedern der gemäßigten Linken unterzeichnet worden.

Dagegen haben die HH. d'Ester und Genossen nachstehenden Adreßentwurf eingereicht:

Majestät!

Die Preußische Nationalversammlung ist in Folge von Ereignissen, welche dem Lande noch in frischem Gedächtnisse sind, von Euer Majestät am 5. Dezember v. J. wider ihren Willen aufgelöst worden. Ihr bald vollendetes Werk, eine der Bildungsstufe, den Anforderungen und Bedürfnissen des Volkes entsprechende Verfassung ist dadurch unterbrochen, der öffentliche Rechtszustand tief erschüttert und die Hoffnung auf baldige Erfüllung der von Euer Majestät am 5. Dec. v. J. ertheilten Verheißungen hinausgeschoben worden.

Das Volk hat abermals durch Ausübung des allgemeinen Stimmrechts Vertreter gewählt, um das unterbrochene Werk der National-Versammlung zu vollenden, die von Ew. Majestät am 5. Dezember v. J. veröffentlichte Verfassungs-Urkunde, welche ohne die Zustimmung der Volksvertreter keine Rechtsgültigkeit hat, zu berathen, den Anforderungen des Volkes Geltung zu verschaffen, und so mit Ew. Majestät die zukünftige Verfassung des Preußischen Staates festzustellen.

Die seit dem 5. Dezember v. J. erlassenen Verordnungen, welche uns vorgelegt werden sollen, werden wir einer ernsten Prüfung unterziehen, halten uns aber, durchdrungen von der Nothwendigkeit des Grundsatzes, daß kein Gesetz ohne die Mitwirkung und Zustimmung der Volksvertretung gegeben werden könne, und berufen, die unveräußerlichen Rechte des Volkes aufrecht zu erhalten, für verpflichtet, gegen die vorläufige Gültigkeit jener so tief in das Staatsleben eingreifenden Verordnungen Verwahrung einzulegen.

Wir werden die Berathung und Beschlußnahme über alle zur Ausführung der Verfassung nothwendigen Gesetze um so rascher vornehmen, als wir überzeugt sind, daß nur dadurch, so wie durch die geeignete Umgestaltung der Verwaltung, des Heerwesens und der Strafgesetzgebung das noch immer tief erschütterte Vertrauen zurückkehren und Handel und Gewerbe sich von der Lähmung erholen werden, welcher sie zu erliegen drohen.

Schmerzlich hat es das ganze Volk empfunden, daß über die Hauptstadt und viele Orte des Landes der Belagerungszustand verhängt worden ist, die gesetzlich gewährleisteten Grundrechte des Preuß. Volkes aufgehoben worden sind, an die Stelle der Herrschaft der Gesetze die der Gewalt und der Willkür getreten ist. Es ist unsere erste Pflicht, Ew. Majestät zu erklären, daß wir die Fortsetzung des Belagerungs-Zustandes an den Orten, wo er noch besteht, für unverträglich mit der Rückkehr der Herrschaft der Gesetze und der Wohlfahrt des Landes halten, vorzüglich aber in der Hauptstadt, wo wir, die Volksvertreter, jetzt unsere für die Zukunft des Preußischen Volkes so wichtige Berathungen beginnen sollen.

Das Rechtsgefühl des Volkes fordert eine baldige Amnestie für diejenigen, welche das Zerwürfniß zwischen den verschiedenen Staatsgewalten und die Aufhebung der Herrschaft der Gesetze dem Kreise ihrer Familien entzogen oder in Untersuchungen verwickelt haben.

Wir werden aus den uns vorzulegenden Staatshaushaltetats ersehen, in wie weit, ungeachtet der im Vergleich gegen die Vorjahre zu erwartenden Verminderung des Steuer-Einkommens, der für verschiedene Ausgabezweige, namentlich für öffentliche Arbeiten erforderliche Mehrbedarf ohne Steuer-Erhöhung und ohne neue Benutzung des Staatskredits wird gedeckt werden können. Bei Berathung und Feststellung des Staatshaushaltsetats werden wir bedacht sein, alle mit der Wohlfahrt des Landes verträglichen Ersparnisse, insbesondere in der Verwaltung und dem Heerwesen einzuführen, welche die Staatsregierung in den Stand setzen werden, als bisher geschehen ist, für die Verbesserung der Lage der hart gedrückten ärmeren Volksklassen und das Volksschulwesen zu thun.

Zur Erreichung des großen Zieles der innigen Vereinigung aller deutschen Volksstämme zu einer Staatseinheit werden wir jederzeit bereitwilligst mitwirken. Wir glauben jedoch, daß die erste Bedingung der Einheit Deutschlands die Sicherung der Freiheit und die Befestung der Rechte des Volkes ist.

Die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen Eurer Majestät Regierung zu den übrigen fremden Staaten berechtigen uns auch zu der Hoffnung, daß bei den neuerdings wieder drohenden Zerwürfnissen mit der Krone Dänemarks Preußen alle ihm zu Gebote stehende Kraft anwenden werde, um endlich einen mit der Ehre Deutschlands und den materiellen Interessen seiner Bewohner verträglichen Frieden herbeizuführen.

Sehnsüchtig erwartet die lang unterdrückte Nationalität der Polnischen Staatsangehörigen die ihr wiederholt zugesicherten Rechte.

Wir theilen den Schmerz um den Verlust eines Prinzen Eurer Majestät Königlichen Hauses.

Das Vaterland wird uns zu jeder Zeit bereit finden, nach unseren Kräften beizutragen, daß die Forderungen des Volkes erfüllt, seine Freiheit und seine Rechte geschützt werden. Wir hoffen, daß mit Eurer Majestät Beistand dieses Ziel erreicht, die Ehre und der Ruhm Preußens erhöht und unserem Vaterlande eine friedliche und segensreiche Zukunft bereitet werde.

— Gestern und heute sollten auf dem Kriminalgericht die politischen Prozesse gegen den Lehrer Ruppius und den Dr. Kalisch zur Verhandlung kommen. In beiden Sachen sind indeß von den Angeklagten ärztliche Atteste mit der Bitte um Aussetzung der Termine eingereicht worden. Es dürften beide Prozesse somit an die Geschworenen kommen, da die Anberaumung neuer Termine für diesen Monat bei der bereits überstarken Besetzung aller Sitzungstage fast unmöglich erscheint. Ueber den 1. April hinaus sind übrigens noch gar keine Termine anberaumt worden.

Berlin, den 19. März. Wir erhalten am Schlusse des Blattes die Nachricht, daß der König der Niederlande am 17. d. M. gestorben ist.

Trier, den 13. März. Heute Morgen stand der Redakteur des hiesigen Volksblattes, Herr Sternberg, vor dem Geschwornengericht, angeklagt, in verschiedenen Artikeln den hiesigen interimistischen Regierungspräsidenten Herrn Sebaldt, ferner den kommissarischen Präsidenten des Handelsgerichts Herrn Secherling, dann die Minister Eichmann und v. Schreckenstein u. s. w. beleidigt zu haben, und zwar in Beziehung auf die Ausübung ihres Amtes. Die 6 Fragen, welche den Geschworenen vorgelegt wurden, beantworteten diese so eben mit „Nein, der Angeklagte ist nicht schuldig!"

Rastatt, den 14. März. Unter Begleitung von 60 — 70 Mann Scharfschützen mit 8 Unteroffizieren und 2 Offizieren wurden heute früh die Gefangenen Struve und Blind nach Freiburg gebracht, um am 20. d. M. vor das Geschwornen-Gericht gestellt zu werden. Der Befehl zur Abführung, wie die ganze Vorbereitung, wurde erst gestern Abend spät bekannt gemacht, so daß man im Publikum erst einige Stunden nach ihrer Wegführung davon Kenntniß erhielt.

Hannover, den 14. März. Gestern ist der Stände-Versammlung eine neue Erklärung des Ministeriums hinsichtlich der Grundrechte zugegangen. Man verstand sie so, daß die Regierung die Grundrechte publiziren will, jedoch mit Modifikationen einiger Punkte, nämlich der grundrechtlichen Bestimmungen, welche Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, unbedigte Theilbarkeit des Grundeigenthums, Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts aussprechen und die militairische Stellvertretung verbieten. Auch soll die Jagdgerechtigkeit, so wie die patrimonialen Lasten abgelöst werden auf Staatskosten, wobei der König für Abgabe seiner Jagden auf ein Ablösungsgeld im Voraus verzichtet hat.

Hannover, den 15. März. Reisende, die aus Norwegen in Hamburg angekommen sind, versichern, daß die Stimmung dort durchaus gegen den Krieg sei. Der König kann ohne Anfrage beim Storthing über die voriges Jahr benutzte Truppenzahl und Marine verfügen, die Kosten müßten jedoch von einem außerordentlichen Storthing bewilligt werden; von ihm würde aber eine abschlägige Antwort mit Bestimmtheit zu erwarten sein.

Dresden, den 15. März. Vice-Präsident Tzschirner interpellirt in der heutigen Sitzung das Ministerium, betreffend die Deutsche Frage. Am 12. März habe Abg. Welcker in der National-Versammlung den Antrag gestellt, daß dem Könige von Preußen das erbliche Kaiserthum übertragen werde. Die National-Versammlung solle jetzt auf einmal über etwas beschließen, worüber schon längst hätte beschlossen werden können. Nur dem Scheine nach trage man der Volks-Souverainetät Rechnung, in der Wirklichkeit aber gelte nur das Interesse der Fürsten. Man werde sich täuschen, wenn man glaube, daß das Volk dazu begeistert sein werde, ein Kaiserthum nach außen hin zu vertheidigen; nicht dieses, sondern seine Freiheit werde es vertheidigen wollen. Ueberhaupt wolle man kein Königlich Preußisches Kaiserthum, und die Regierung selbst habe sich nicht dafür ausgesprochen. Man wolle keine Regierung, die sich nicht durch Grundsätze der Freiheit ausgezeichnet habe. Ehe überhaupt über diese Frage zu entscheiden, müsse erst jene über Oesterreichs Stellung zu Deutschland erledigt werden. Sachsen sei zwar klein, aber seine Stimme müsse gehört werden. Er frage daher an, „ob die Regierung gemeint sei, ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt unverzüglich die Instruktion zu der Erklärung zu ertheilen, daß Sachsen auf seiner früheren Ansicht beharre und der Ansicht sei, daß Oesterreich Deutschland nicht entzogen und überhaupt ein Kaiserthum nicht nöthig sei." Wohl sei das Vaterland in Gefahr, aber die Gefahr liege in den Ideen des alten Kaiserthums. (Bravo!)

Weimar, im März. Der hiesige politische Verein hat eine Adresse an die Nationalversammlung erlassen, in welcher es heißt: So sehr auch die politischen Ansichten auseinander gehen, darin stimmen alle Deutschen überein, müssen alle übereinstimmen, daß Deutsche nicht mit Czechen, Kroaten, Südslawen, Ungarn sich zu einem Ganzen verbinden können. Also die Aufnahme der Deutschen Provinzen Oesterreichs in einen Deutschen Bundesstaat ist nur dadurch möglich, daß dieselben von den nichtdeutschen getrennt werden. Aber sowohl die Mischung der Bevölkerung in ihnen, als das wohlverstandene Bedürfniß der Gesammtmonarchie, machen eine solche bloße Personalunion unmöglich. Was also soll geschehen? Soll Deutschland warten, bis die Gestalt der Dinge, die dem österreichischen Ministerium vorschwebt, so wesenhaft wird, daß sie sich in klaren und verständlichen Worten einigermaßen ausdrücken läßt? Wir vertrauen, daß Sie diesen Bundesstaat so rasch als möglich in's Leben zu rufen trachten. Zu Preußen hoffen wir, daß es seinen heiligen Beruf erkennen, entschieden und furchtlos in die hohe Stellung, die Deutschland ihm bietet, eintreten und seine Europäische Stellung nur in und mit Deutschland finden werde. Gegen die ehrenwerthen Vertreter Oesterreichs aber sprechen wie die zuversichtliche Erwartung aus, daß sie, die selbst am besten wissen, wie wenig das Streben nach inniger Vereinigung mit Deutschland selbst in den Deutschen Provinzen Oesterreichs tief und lebendig in der Bevölkerung lebt, daß sie es als eine Ehrenpflicht erkennen, der Gestaltung dessen, was Deutschland bedarf, nicht hemmend in den Weg zu treten, sondern der ferneren Theilnahme an den Berathungen freiwillig zu entsagen, und gerade dadurch die Reinheit, Uneigennützigkeit und Größe ihrer Liebe zu Deutschland thatkräftig an den Tag zu legen.

München, den 14. März. Se. Königl. Hoheit Prinz Adalbert von Bayern ist vorgestern von seiner Reise nach England, Spanien und Portugal wieder in hiesiger Residenz eingetroffen.

— Gestern Nachmittag erhielt das erste Bataillon des hiesigen zweiten Infanterie-Regiments Befehl, sich nach Altenburg marschfertig zu halten, indem die Truppen jenes Herzogthums für den Feldzug gegen Dänemark bestimmt sind.

Nürnberg, den 13. März. Gestern Abnd wurde auf Requisition des Königl. Stadtgerichts der derzeitige Redakteur des „freien Staatsbürgers," Lang, in Verhaft genommen. Als Grund derselben wird angegeben, unehrerbietiger Tadel der Behörden, den man in der Schlußbemerkung finden will, welche Lang zu dem Kolb'schen Referate bezüglich des sogenannten griechischen Anlehens machte, und zu der er sich als Verfasser bekennt: „wäre unsere Regierung nicht so eselhaft, so dürfte sie Gott danken für eine solche Kammer."

Nürnberg, den 13. März. Die Kammern sind vertagt, der erste Akt des parlamentarischen Drama's ist ausgespielt. Aber dieser

Act hat mit einer Kraftscene geschlossen, welche nicht verfehlen wird, einen tiefen und nachhaltigen Eindruck im ganzen Lande zurückzulassen: wir meinen die Enthüllungen über die sogenannte Griechische Anleihe, die uns der Finanz-Ausschuß der Abgeordneten-Kammer noch am letzten Tage seiner vorläufigen Wirksamkeit gebracht hat. Der Thatbestand steht unumstößlich fest: aus den Defensionsgeldern, welche Baiern in Folge des zweiten Pariser Friedens von Frankreich zur Herstellung seiner Befestigungswerke erhalten hatte, war dem Königreich Griechenland durch König Ludwig ein Darlehn von 1,933,333 Fl. gemacht worden, wovon jetzt noch einschließlich der Zinsen 1,525,333 Fl. rückständig sind. Die Defensionsgelder sind nach ständischem Beschlusse vom Jahre 1840 lediglich als ein Depositum in den Händen der Krone zu betrachten, über welches dem Landtage keine Controlle zusteht. In so fern würde also den Ständen auch keine Einsprache gegen deren Verwendung zu einem Darlehn an den Griechischen Staat zugestanden haben, obgleich auch so nicht geläugnet werden könnte, daß die Gelder ihrem ursprünglichen Zwecke der Vertheidigung des Landes, entfremdet worden wären. Allein nachdem die Defensionsgelder erschöpft und die Baierischen Festungsbauten doch noch nicht vollendet waren, so wurde, was durch das Griechische Anlehen von jenen in Abgang gekommen war, aus den Baierischen Staatscassen entnommen, und es ist mithin jenes Anlehen eigentlich aus diesen letztern gemacht, ohne Genehmigung der Stände und ohne irgend eine ausreichende Garantie für dessen Rückzahlung. Diese Verwendung Baierischer Staatsgelder ist also auf verfassungswidrige Weise geschehen, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die, welche sie gemacht, d. h. König Ludwig, der sie — nicht in seiner Eigenschaft als Baierisches Staats-Oberhaupt, sondern als Privatmann und Vater des Königs Otto — anbefohlen, und die Beamten, welche sie ausgeführt, dafür einstehen müssen, so weit der Betrag nicht etwa durch Zurückhaltung der Apanage des Königs Otto gedeckt werden kann. Außerdem aber ist gegen die betheiligten Beamten, da sie Baierische Staatsgelder zu fremdartigen Zwecken und ohne Genehmigung der Stände verausgabt haben, eine strafrechtliche Klage wegen Amts-Vergehens gegeben. Dies sind die Schlußsätze, zu denen Herr Kolb in seinem Referate kömmt, und wir wüßten in der That nicht, was sich dagegen einwenden ließe.

Gießen den 13. März. Der Centralausschuß der Deutschen Vereine am Mittelrhein hat die nachfolgende, vom hiesigen vaterländischen Verein ausgehende Adresse adoptirt und die verbundenen Vereine eingeladen, sich unverweilt in gleichem Sinne auszusprechen.

„Hohe Nationalversammlung!

Der vaterländische Verein zu Gießen hat bereits wiederholt einer hohen Versammlung seine Wünsche für kräftige Einigung der Nation durch Erhebung Preußens an die Spitze Deutschlands, sowie für selbstständige Vollendung des Verfassungswerkes in Gründung des wahren und vollen Bundesstaates ausgesprochen. Gegenüber der Politik der Kabinette, insbesondere des Oesterreichischen, hat die Zwietracht in der Nation und selbst im Schooße der Nationalversammlung ihn mit Besorgniß erfüllt.

Um so lebhafter ist der Beifall, womit die Unterzeichneten den Welcker'schen Antrag begrüßen und in allen Punkten ihm beipflichten, indem sie darin das rettende Banner erkennen, um das sich alle Parteien einigen mögen, den drohenden Gefahren gegenüber die Macht und Würde der Nation, die Selbstständigkeit ihrer Vertreter, die Volkssouveränität im Einklag mit den Fürstenrechten zu behaupten.

Sie leben der Hoffnung, es werden Diejenigen, welche bisher in allzugroßem Vertrauen zu Oesterreich, oder in Besorgniß um die Sicherung der Volksfreiheiten der Einigung für das Preußische Erbkaiserthum hemmend entgegentraten, ihre Ueberzeugung dem Heile des Vaterlandes zum Opfer bringen; es werde die große Mehrheit hoher Versammlung sich zur rettenden That erheben, zum erhabenen Beispiel für sämmtliche Fürsten und Staaten, für alle Parteien im Schooße der Nation

Das Ausschuß des vaterl. Vereins.

Frankfurt, den 17. März. Die Berathung über den Welcker'schen Antrag hat heute begonnen und wird am Montag den 19. wieder aufgenommen werden. Noch ist Nichts entschieden, doch die günstigste Aussicht auf eine befriedigende Lösung des Knäuels vorhanden.

Frankfurt, den 12. März. Die Briefe, welche Herr Herrmann, einer der nach Ollmütz Abgesandten, geschrieben hat, finden nicht Worte genug, um die empörende Mißachtung, selbst Geringschätzung, welche sie als Mitglieder der Deutschen National-Versammlung in Wien und Ollmütz fanden, zu schildern. Es heißt unter Anderm wörtlich: „Wir sind wie Schulbuben behandelt und von einem Vorzimmer in's andere geschickt worden."

Frankfurt, den 15. März. In der gestrigen Versammlung der Kaiserlichen im Wolfseck verlas der Abgeordnete Federer eine Eingabe des vaterländischen Vereins in Stuttgart an die Würtembergische Regierung. Sie ward mit Freuden begrüßt, und Paul Pfizer, dem thätigsten Mitgliede jenes Vereins von der Versammlung ein lautes Hoch! dargebracht. Ein lautes Hoch für jeden fern und nah, der in diesen heißen Stunden nach Kräften für sein Vaterland wirkt.

Wien, den 16. März. Unter den Effekten Bem's, welche von den K. K. Truppen erbeutet wurden, hat man eine Menge Papiere in Chiffern gefunden, deren Entzifferung gelungen ist und wichtige Entdeckungen über die Umtriebe der Führer der Wiener Oktoberrevolution, ihre Plane und Verbindungen herbeigeführt hat. — Die Strenge des Winters scheint zu uns wieder zurückgekehrt zu sein, die Kälte steigt mit jedem Tage. Berichte aus Ungarn und Siebenbürgen klagen gleichfalls über ungewöhnliche Kälte und großes Schneegestöber, wodurch die Wege in einen beinahe unbrauchbaren Zustand versetzt worden sind.

— Der „Soldatenfreund" erzählt, daß von denjenigen, die sich an der Trauerfeierlichkeit zum Andenken der im März 1848 gefallenen Freunde und Verwandten betheiligten, worunter auch ein Mitglied des vorigen Ministeriums, ein allgemein hochgeachteter Mann, zu sehen war — zehn Individuen arretirt wurden und Gelegenheit finden werden, ihre Trauer in den Reihen unserer tapferen Armee zu vergessen. — Die „O.-D. P." welche dies mittheilt, ergeht sich hierbei über die Verletzung der Constitution durch Umgehung der Rekrutirungsvorschriften.

— So eben erhaltenen Nachrichten zufolge, befinden sich die Ungarischen Insurgenten-Generale Perczel und Graf Kasimir Batthyany in der Gegend von Szolt und Kalocsa, wo sie das dortige Landvolk zum Landsturme aufbieten. Von Pesth waren vorgestern Truppen mittelst Dampfböten nach jener Gegend entsendet worden.

— Die neuen Ein- und Zweigulden-Banknoten können in vier Carrées eingetheilt und nach Bedarf halbirt oder geviertheilt werden, ohne daß der Text dadurch verletzt wird, so daß jedes Viertheil ein Ganzes bildet. Hierdurch soll dem Mangel an Silbermünze einigermaßen abgeholfen werden.

— In Maklar wurden 5 Munitionswagen der k. k. Armee von den dortigen Einwohnern zurückgehalten und den Insurgenten ausgeliefert, für welche That dieser Ort in Asche gelegt wurde.

Pesth, den 18. März. Das Armeecorps des Banus brach vorgestern von Szolnok auf und hat die Bestimmung, nach geschehener Vereinignng mit den kampfeglühten Serben, nach Szegedin zu marschiren. Heute steht der Banus bereits in Kecskemet; in der Gegend von Szolnok war es nicht möglich, ein Lager zu beziehen, weil die Insurgenten, bevor sie sich wieder über die Theiß zurückzogen, Alles rund herum verwüsteten, und die Verpflegung und sonstige Versorgung eines Kriegslagers hier schlechterdings unmöglich ist. — Von Siebenbürgen verlautet gar nichts Neues, und heutige Privatbriefe stimmen nur die alten Lieder an. Das Land ist nicht mehr zu erkennen, von der einen Seite verwüsten die Wallachen, von der andern die Szekler den schönen gesegneten Boden. Mehr als 200 Dörfer und ungefähr 10 Städte liegen in Asche, so daß nicht ein Stein auf dem andern geblieben ist. Enyed sammt der reichen Bibliothek des Gr. Bethlen, von der die Türken bereits im Jahre 1658 einen Theil vernichteten, ist nun ganz in Staub gelegt. Von Felvinz blieb auf einem Hügel nur die Kirche stehen. Auf der Linie von Dobra bis V. Hunyad, welche Gegend die Wallachen mit Einschluß des unteren Theils des Hunyader Comitats mit dem Namen „Czara" benennen, sind alle Dörfer und die meisten Städte niedergebrannt.

Laibach, den 12. März. In dem Wahlbezirke Neustadtl erschienen von den 81 geladenen Wahlmännern nur 34, welche sämmtlich gegen die Wahl eines Deputirten zur deutschen Nationalversammlung protestirten. Diese Wahl ist also gleich jener in Krainburg mißlungen. Die Wahlmänner faßten einen schriftlichen Protest in krainerischer Sprache ab.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 15. März. National-Versammlung. Sitzung vom 15. März. Anfang $1\frac{1}{2}$ Uhr. Marrast präsidirt wieder. An der Tagesordnung ist die dritte Lesung des Wahlgesetzes. Artikel 84 handelt von der Art der Functionen, welche Deputirte trotz ihres Volksvertreter-Mandats erfüllen können. Angenommen. Artikel 85, wonach die Prohibition sich noch auf 6 Monate nach dem Sessionsschluß erstreckt, wird ebenfalls angenommen. Artikel 86: „Jedes Departement wählt nach Stimmlisten diejenige Zahl von Vertretern, die auf dasselbe fallen." Angenommen. Artikel 87 bis 106 geben zu keiner ernsten Debatte Veranlassung. Goudchaux und Marchal hatten zu 81 den Zusatz beantragt: „Kein Lieferant oder Eisenbahn-Direktor, Administrator u. s. w. darf Volksvertreter werden, ohne sein Amt niederzulegen." Lefranc stattete im Namen des Ausschusses nach Erledigung des Artikels 106 Bericht über diesen Zusatz ab, dessen erste Zeilen angenommen werden. Im Augenblicke, wo die Versammlung über den ganzen Zusatz votiren will, beantragt L'herbette den Anhang: „Eben so können nicht zu Volksvertretern gewählt werden die Actionaire oder Chefs derjenigen Industrie-, Handels- oder Kredit-Institute, welche der Sanction der Kammer bedürfen." Dieser Vorschlag ruft einen heftigen Sturm auf der Rechten hervor. Billault, im Namen des Ausschusses, bekämpft den Anhang. Eine solche Prohibition werde die Bank-, Kanal- und sonstigen Actien-Unternehmungen ruiniren, um so mehr in einem Augenblick, wo der Kredit noch so tief erschüttert sei. L'herbette weist auf die Geschichte Englands hin und sagt, es handele sich nicht um dieses oder jenes Institut, sondern darum, das Prinzip zu retten. Die Versammlung verwirft jedoch diesen Antrag mit 550 gegen 149 Stimmen. Dupont de Bussac stellt unter der Rubrik „Transitorische Bestimmungen", folgenden Antrag: „Vom Tage der Promulgation des Wahlgesetzes an, bis zum Schluß der Stimmlisten darf jeder Bürger seine Ansichten in Flugblättern oder periodischen Organen frei äußern, ohne die gesetzliche Caution zu stellen." (Ah! Ah! rechts.) Die Linke unterstützt den Antrags sehr warm. Die Versammlung beschließt aber mit 369 gegen 319 Stimmen in namentlicher Abstimmung, denselben gar nicht in Betracht zu ziehen. Die starke Minorität erregt Erstaunen. Schluß $6\frac{1}{4}$ Uhr.

Paris, den 15. März. In dem Prozeß der Maiangeklagten zu Bourges dauerte am 13. März das Zeugenverhör fort. Raspail stellt den Antrag an den hohen Gerichtshof, daß über die Worte, welche in dem „Moniteur" vom 17. Mai gedruckt werden sind: Nein Barbès, du täuschest dich, zwei Stunden Plünderung wollen wir haben! der Präsident kraft seiner Machtvollkommenheit eine specielle Untersuchung verfüge. Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab, weil die erwähnte Aeußerung keinem der Angeklagten persönlich zugeschrieben worden sei. Der Zeuge Yautier, am 15. Mai Oberst der 9. Legion der Nationalgarde, deponirt über die Vorfälle außerhalb der Nationalversammlung. Aus dieser Aussage geht hervor, daß ein Theil der Nationalgarde der aufrührerischen Menge durch die zum Schutze der Nationalversammlung aufgestellten Nationalgarden selbst den Weg bahnte, indem sie, die Gewehrkolben auf der Schulter, vor der Menge her den gefällten Bayonetten entgegen marschirte. In den Aussagen einiger folgenden Zeugen erscheint Blanqui als ein Verschwörer, der Mordbrennerei und Metzelei beabsichtigt habe. Blanqui vertheidigt sich energisch gegen die von allen Seiten auf ihn hereinbrechenden Verleumdungen. Die Sitzung wird um $5\frac{1}{2}$ Uhr aufgehoben.

Großbritanien und Irland.

London, den 12. März. Auf der Tagesordnung der Unterhaussitzung stand die Fortsetzung der Debatte über die zweite Lesung der Bill zu Abänderung der Navigations Akte. Herr Gladstone, Parlaments-Mitglied für die Universität Oxford und eigentlich der Opposition angehörend, erklärte, für die Bill stimmen zu wollen. Allerdings lasse sich die Frage nicht blos nach der reinen Theorie der National-Oekonomie entscheiden, es müßten vielmehr Interessen gehörig berücksichtigt werden, die unter dem Schutze des bestehenden Systems auferzogen worden, und noch mehr müßte der Einfluß der Frage auf die Verheidigungskraft des Landes in Betracht gezogen werden. Er könne aber nicht der Befürchtung beistimmen, daß eine Veränderung der Navigationsgesetze eine Veränderung der Handelsmarine nach sich ziehen werde, wie die günstigen Erfolge der Reciprozitätsverträge bewiesen. Eben so ersehe man aus statistischen Angaben, daß die Marine der vereinigten Staaten vor der Abänderung der Navigations-Gesetze einen viel schnelleren Aufschwung genommen als nachher. Auf diese Erfahrungen gestützt, müsse er dafür sein, daß England auf dem Wege allmäliger Reform und größerer Freiheit des Handels, den es seit Huskisson betreten, fortgehe. Aber nicht ganz sei er einverstanden mit dem ministeriellen Plane der Abänderung der Navigations-Gesetze. Wenn der englische Rheder sich die unbeschränkte Handelsfreiheit mit dem Auslande gefallen lassen müsse, so sei er auch von allen ihren eigenthümlichen Lasten zu befreien; der Zoll auf Zimmerholz müsse aufgehoben und die Vorschriften über die Bemannung der Schiffe abgeändert werden. Außerdem sei dem englischen Rheder als Compensation für die Eröffnung der englischen Häfen der Zutritt zu denen zu sichern, die ihm bis jetzt verschlossen wären. Er sei deshalb für eine bedingte Erleichterung, nicht für eine Abschaffung der fraglichen Gesetze in der Weise der Politik der Vereinigten Staaten, nicht durch Geheimeraths Befehle oder direkte Verordnungen, welche den Schiffen auswärtiger Staaten dieselben Vortheile gewährten, wie diese Staaten den britischen. Herr Labouchère, der Präsident der Handelskammer, sagt, das Prinzip der Bill sei das thatsächliche Aufgeben des Restriktiv-Systems in Bezug auf die Rhederei, und deshalb erwarte er auch die Zustimmung von Keinem, der gegen dieses Prinzip sei. Wichtige Details seien noch zu besprechen, namentlich über das Bemannen und Registriren der Schiffe, doch seien diese auf die Ausschußberathung aufzuschieben, wo sie gewiß mit der größten Aufmerksamkeit würden erwogen werden. Er wies nochmals auf die Nothwendigkeit hin, den Anforderungen des Auslandes gegenüber etwas zu thun, erklärte sich aber entschieden gegen Herrn Gladstone's System von bedingungsweise gemachten Konzessionen, indem dadurch das Ausland zum Gesetzgeber Englands werde und durch seine Beschlüsse die Britischen Zoll-Tarife regle. Eine große Handels-Marine sei allerdings die einzige Garantie für eine große Kriegs-Marine; aber wenn die von ihm vorgeschlagene Maßregel den Englischen Seehandel begünstige, so sei sie auch selbstverständlich von Vortheil für die Kriegs-Marine. Die Bill wurde dann, wie schon erwähnt, zum zweitenmale verlesen. Die Ausschuß-Berathung wird am 23. März stattfinden.

London, den 13. März. Sir George Pollock, der in Afghanistan so tapfer gefochten, soll, auf die letzten Nachrichten aus Ostindien, der Regierung seine Dienste, in was immer für einer Stellung wieder angeboten haben.

London den 14. März. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses ersuchte G. Sanders den Staats-Sekretair für die auswärtigen Angelegenheiten um Aufschluß darüber, wie es gegenwärtig mit der schleswig-holsteinischen Frage stehe, ob Grund zu der Besorgniß sei, daß bei Ablauf des Waffenstillstandes zwischen Dänemark und Preußen, am 26. d., eine Erneuerung der Feindseligkeiten nebst einer Blokade der zum deutschen Bunde gehörenden Häfen erfolgen würde, und ob für diesen Fall das Eigenthum brittischer Kaufleute, sei es auf brittischen oder fremden Schiffen, von Wegnahme und Verfall befreit sein werde. Lord Palmerston antwortete, allerdings habe die dänische Regierung erklärt den Waffenstillstand mit dem 26. d. Mi. endigen zu lassen; aber in dieser Anzeige an die betheiligten Parteien habe sie zugleich offiziell und schriftlich erklärt, daß es „nicht ihre Absicht sei, die Feindseligkeiten wieder zu beginnen, und daß ihr Zweck bei der Kündigung des Waffenstillstandes vielmehr dahin gehe, eine andere Uebereinkunft in Hinsicht auf die provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu treffen. Was nun den jetzigen Stand der Unterhandlungen anbelange, so könne er nur so viel sagen, daß „die britische Regierung keine Mühe sparen werde, die beiden einander gegenüberstehenden Parteien zu einer Verständigung zu bringen," nicht nur über die Punkte in Bezug auf die Einstellung der Feindseligkeiten, sondern auch über die Grundlagen, auf denen eine dauerhafte Uebereikunft abgeschlossen werden könnte. Es solle von Seiten der britischen Regierung, dessen könne er das Haus versichern, an keiner Bemühung fehlen, diese Zwecke zu erreichen; und wenn er die außerordentliche Größe der auf dem Spiel stehenden Interessen und die ausgedehnten, ernsten und in der That unheilvollen Folgen erwäge, die aus einem neuen Bruch zwischen den streitenden Parteien entspringen würden, so könne er nicht umhin, die Ueberzeugung zu hegen, daß der versöhnliche Geist, welcher beide Theile beseele, sie recht bald zu einer billigen Verständigung mit Hinsicht auf die schließliche Regulirung der Frage führen werde.

— Das Unterhaus genehmigte gestern die zweite Lesung der Bills über die Verhältnisse der Gutsherren und Pächter und über die Aufhebung der Strafgesetze gegen Geistliche, die aus der herrschenden Kirche ausscheiden, erstere nach Verwerfung eines dagegen gerichteten Amendements des Oberst Sibthorp, welches nur 11 Stimmen für und 147 gegen sich hatte. Dann wurde die Debatte über d'Israeli's Vorschläge zur Steuer-Erleichterung des Grundbesitzes fortgesetzt, aber noch nicht zu Ende gebracht, sondern wieder auf heute vertagt.

— Auf der Dänischen Insel Santa Cruz war am 11. Febr. ein Aufstand der Schwarzen ausgebrochen. Die Behörden ließen aber Truppen marschiren und Feuer geben. Mehrere Todte sollen geblieben und Mehrere verwundet worden sein, bevor die Ordnung wieder hergestellt wurde.

— Wie in Liverpool, Bristol, Leith und anderen Hafenstädten war vor einigen Tagen auch in Gravesend eine Versammlung, in der sich alle Parteien, Tories, Konservative, Whigs, Whigradikale und Radikale, gleich energisch gegen die Aufhebung der Navigationsgesetze aussprachen und einstimmig eine Petition in diesem Sinne an das Parlament beschlossen.

Dänemark.

Kopenhagen, den 14. März. Der Französische General Fabvier ist hier gestern mit dem Dampfschiff „Malmö“ angekommen. Er wurde von der Zollbrücke mit einem Königlichen Wagen abgeholt, und er wohnt auf Amalienburg. Die vier bei ihm für jede Waffengattung ernannten Adjutanten sind: Oberstlieutenant Schlegel vom Ingenieurcorps, Capitain Raaslof von der Artillerie, Oberstlieutenant Müller von der Kavallerie und Major du Plat von der Infanterie.

Niederlande.

Aus dem Haag, den 17. März, 5 Uhr Nachmittags. König Wilhelm II. ist heute 2½ Uhr früh in Tilburg gestorben.

Wilhelm III. ist hier proklamirt worden.

Das Militair ist vereidet, und eine Deputation geht diesen Abend nach London, um den neuen König einzuladen, unverzüglich hierher zurückzukehren.

Belgien.

Brüssel, den 14. März. Bisher war der Elementarunterricht einer geistlichen Aufsicht unterworfen, wofür im Budget des Innern eine bestimmte Summe ausgesetzt war. Diese soll jetzt wegfallen, indem das Cabinet in der nächsten Session einen Gesetzvorschlag einbringen will, wonach die bisherige geistliche Aufsicht aufgehoben werden soll.

Italien.

Rom, den 6. März. In Aussicht auf unberechenbare Ereignisse sind die päpstlichen Archive, welche den Katholizismus in so hohem Grade interessiren, unter das Siegel der französischen Nation gelegt worden. Guiccioli, Finanz-Minister, hat sein Portefeuille niedergelegt.

Rusconi, Minister des Auswärtigen, ist von der Costituant mit Abschluß der Unterhandlungen wegen Vereinigung mit Toscanae beauftragt worden.

In der Münze schlägt man Tag und Nacht Kupfergeld, um den Volksverkehr, der in letzter Zeit so sehr litt, zu beleben. Das Papiergeld, welches die Republik schuf, wurde von der Reaktton so angeschwärzt, daß es der Kleinhandel ungern an Zahlungsstatt nahm.

Modena, den 6. März. Unsere Herzogliche Haupt- und Residenzstadt machte seit einiger Zeit Miene, sich der Central-Republik anzuschließen. In Folge dessen zogen die Oesterreicher einen Truppen-Cordon um unsere Stadt und zwangen die Bürgerwehr, ihre Waffen abzugeben. 16 Wagen mit Bomben beladen, wurde heute in die Stadt gefahren. In der Stadt herrscht Schrecken.

Mailand, 2. März. Abermals fanden hier zwei Hinrichtungen statt. Joseph Zaccheo, ein Piemonteser und Lucas Piacentini, ein Mailänder, wurden heute früh erschossen, weil sie durch Geldversprechungen zwei Soldaten zu verführen versuchten, ihre Fahnen zu verlassen und in die sardinische Armee einzutreten.

Varese, 3. März. Heute wurde hier Joseph Ossola aus Caravate, 20 Jahr alt, wegen ungesetzlichem Vorbehalt von Waffen standrechtlich erschossen. Sein Vater, der gleichfalls der Theilnahme an dem Verbrechen überwiesen wurde, ist ein Berücksichtigung seiner zahlreichen Familie und seines vorgerückten Alters begnadigt worden.

Venedig, 5. März. Die National-Versammlung hat den Entwurf für ihre innere Einrichtung angenommen. Jeder nicht in Venedig ansässige Deputirte erhält eine Entschädigung von 9 Lire per Tag. Aus einem Berichte des Triumvirs Cavedalis geht hervor, daß die gegenwärtige Streitmacht Venedigs aus 16,430 Mann aller Waffengattungen bestehe, daß dieselbe aber bald auf 19000 gebracht sein werde. Dieselbe besitzt überdies 550 Feuerschlünde, welche auf den Forts vertheilt sind, und bald werden auch zwei fliegende Batterieen hergestellt sein. Zu dieser regulären Streitmacht kommen noch 4 Legionen Bürgerwehr mit Scharfschützen und Kanonieren. Zur Vertheidigung der Häfen, Canäle und Lagunen sind 100 Fahrzeuge ausgerüstet. In Betreff der Kriegsverwaltung wird bemerkt, daß man seit August v. J. durch verschiedene Maßregeln die Summe von 1 Mill. 816,980 Lire erspart habe. Der Triumvir Contreadmiral Graziani berichtete über die Seemacht. Auch diese ist um 700 Mann, nämlich von 4100 auf ungefähr 4800 Mann verstärkt worden.

Venedig, den 5. März. Der Deputirte Ovesani trug wegen des Ernstes der Umstände auf Einsetzung einer Diktatur an. Die Legislativ-Versammlung hat diesen Antrag in Betracht gezogen und dem betreffenden Ausschuß befohlen, ihr schleunigst zu berichten.

Kammer-Verhandlungen.

Eilfte Sitzung der Zweiten Kammer vom 19. März.

Präsident: Grabow.

Auf der Ministerbank: v. Manteuffel, v. d. Heydt.

Tagesordnung.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Der Eintritt neuer Mitglieder wird mitgetheilt: v. Meusebach ist in die 4te, Kissing in die 7te und Voigts in die 4te Abtheilung verloost worden.

Der Abgeordnete Wiethausen erhält Urlaub, um an den Frankfurter Verhandlungen Theil nehmen zu können.

Der Referent der ersten Abtheilung berichtet über die Wahl des Abgeordneten Körner, welche als gültig anerkannt wird.

Das Referat der zweiten Abtheilung betrifft die Wahlen des Obrist-Lieutenants v. Griesheim und Ober-Regierungsrath Stiehl. Beide werden als zu Rechte bestehend anerkannt.

Der Präsident fragt hierauf: ob und wann das Staats-Ministerium die auf der Tagesordnung befindliche Interpellation des Abgeordneten v. Berg beantworten wolle:

Minister des Innern: Das Staatsministerium beabsichtigt keinesweges die v. Bergsche Interpellation in der Allgemeinheit, in der sie gestellt worden, zu beantworten. Die Handlungen des Ministeriums liegen offen vor Jedermanns Augen; möge man bestimmte Fragen stellen und das Ministerium wird die Antwort, zu welcher es nach der Verfassungsurkunde verpflichtet ist, nicht verweigern.

Der Präsident erklärt, daß nach dieser ministeriellen Erklärung die Interpellation nicht Statt haben könne. (Gelächter auf der Linken:.)

v. Vincke, als Referent der Adreßkommission, liest nunmehr den bereits bekannten Kommissionsentwurf vor.

Der Präsident glaubt, daß eine allgemeine Debatte über die Adresse nicht stattfinden dürfe. Behrends hält eine allgemeine Diskussion jedoch schon um deshalb für nöthig, weil eine Gegenadresse eingereicht worden. Die Kammer entscheidet sich fast einstimmig für eine allgemeine Diskussion.

(Wir schalten hier die Amendements zum Adreß-Entwurf und die Entwürfe der Opposition ein.)

I. Dr. Kosch und Genossen. Die Hohe Kammer wolle beschließen:
an Stelle des ersten und zweiten alinea des Entwurfs, beginnend mit den Worten: „Durchdrungen“ u. s. w. bis „Eifer unterziehen“ zu setzen:
„Ew Majestät haben am 5. Dezember v. J. dem preußischen Volke eine Verfassung verliehen. Berufen zur vorbehaltenen Revision derselben und durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Heil des Vaterlandes vor Allem von einer aufrichtigen Verständigung zwischen Fürst und Volk abhängt, werden wir uns dieser Aufgabe mit Ernst und Eifer unterziehen, um dadurch die bereits im vorigen Jahre gesetzlich festgestellten Rechte des Volkes zur vollen Geltung zu bringen.“

II. Bloemer. Die deutsche Frage betreffend.
1) In dem dritten alinea die zweite Seite, anfangend mit den Worten: „Erfüllt von“ u. s. w.:
statt des vorletzten Wortes in der ersten Zeile: „der“ das Wort: „aller“.
2) In dem Schlußsatz desselben alinea:
statt der letzten Worte: „seine Stärke — bis sein wird“ die Worte: „es entschlossen ist, seine eigene Stärke in der Stärke Deutschlands zu finden.“
3) In dem vierten alinea, anfangend mit den Worten: „Wir hoffen“ statt der Worte: „der Weg der Verständigung — bis — führen werde“, die Worte:
„die deutsche National-Versammlung in Verständigung mit den deutschen Regierungen zu dem erwünschten Ziele eines alle deutschen Staaten umfassenden Bundesstaates baldigst gelangen, und daß es allseitig redlichem Bemühen dabei gelingen werde, die Durchführung und Aufrechterhaltung der unerläßlichen Bedingungen dieser Staatsform mit der gerechten Berücksichtigung der besonderen Lage und Stellung einzelner deutschen Bundesstaaten zu vereinen.“
4) Statt des fünften alinea, anfangend mit den Worten: „Sollten einzelne Mitglieder — bis — zu erreichen“, für dessen gänzlichen Wegfall ich principaliter bin, eventuell die Worte:
„Sollten der Erreichung dieses Ziels, des Einzigen, das wir mit ungetheilter Freude begrüßen können, zur Zeit unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, und alle desfallsigen bisherigen Anstrebungen einstweilen nur eine engere Verbindung unter denjenigen deutschen Staaten, bei denen Schwierigkeiten dieser Art nicht obwalten, herbeizuführen im Stande sein, so wird, wie wir zuversichtlich erwarten, Eurer Königlichen Majestät Regierung sich nur für eine solche Gestaltung dieser engern Verbindung aussprechen, welche die künftige Bildung eines das ganze große Vaterland umfassenden Bundesstaates in keiner Weise erschwert oder beeinträchtigt.

III. Pape und Genossen. Die Kammer wolle beschließen:
statt des ersten Satzes des Adreß-Entwurfes folgende Fassung zu wählen:
„durchdrungen von dem Verlangen nach der Wiederkehr eines öffentlichen Rechtszustandes hat das preußische Volk die Verfassung vom 5 Dezember v. J. angenommen.“

IV. Rohden und Genossen. Die Kammer wolle beschließen:
statt des zweiten Satzes des Adreß-Entwurfs folgende Fassung anzunehmen:
Auf Grund derselben zum ersten Male versammelt, werden die Mitglieder der zweiten Kammer voll Ehrfurcht und Treue gegen Eure Königliche Majestät und feststehend auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie sich der Revision dieser Verfassung — des nunmehr gültigen Grundgesetzes des preußischen Staates — auf dem im Art. 112 daselbst vorgezeichneten Wege mit dem dieser großen Aufgabe entsprechenden Eifer und dem festen Vertrauen unterziehen, dieses Grundgesetz mit den durch frühere Gesetze geheiligten Rechten in vollen Einklang zu bringen.

Berlin, den 16. März 1849.

Der Adreß-Entwurf von D'Ester und Genossen ist bereits voran mitgetheilt.

VI. v. Lipski und Genossen: Vor der Schlußformel nachstehenden Satz:
Wir hoffen, daß es Eurer Majestät Regierung gelingen wird, durch getreue Erfüllung der bisher einer unterdrückten Nationalität gemachten Verheißungen, die fortwährend gespannten Gemüther im Großherzogthum Posen zu beruhigen, und dadurch den Rechtszustand des Landes dauernd zu sichern.

VII. Adreß-Entwurf von Rodbertus und Genossen.

„Ereignisse, die uns Allen in frischem Gedächtnisse sind, haben den öffentlichen Rechtszustand Preußens tief erschüttert. Die um Eurer Majestät Thron versammelten Volksvertreter sind von der ernsten Pflicht durchdrungen, zu seiner Wiederherstellung nach Kräften beizutragen, und den aufrichtigen Wunsch der Verstandigung mit Ew. Majestat Regierung durch sofortige Revision der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember v. J. an den Tag zu legen. Die Uebereinstimmung der revidirten Verfassung mit den von Eurer Majestät im März v. J. ertheilten Verheißungen und dem Gesetz vom 6. April desselben Jahres, so wie eine diesen Grundsätzen aufrichtig ergebene Verwaltung, werden das Vertrauen zurückführen, ohne welches Handel und Gewerbe sich nicht von der Lähmung erholen können, der sie zu unterliegen drohen.“

„Der Belagerungszustand, womit Eurer Majestät Regierung die errungenen, durch das Gesetz geheiligten Freiheiten des Volks in Ihrer Hauptstadt und in anderen Theilen des Landes außer Kraft zu setzen sich veranlaßt sah, lastet zu schwer auf dem Rechtsbewußtsein und dem Freiheitssinn des Volkes, als daß wir nicht die schleunigste Aufhebung desselben dringend empfehlen müßten.“

„Die von Eurer Majestät Ministerium erlassenen tief in das Staatsleben eingreifenden vorläufigen Verordnungen, so wie alle übrigen Gesetzes-Vorlagen, welche zur Begründung und Sicherung der verfassungsmäßigen Freiheit, so wie zur Hebung der Wohlfahrt der bedrängten ländlichen und städtischen Bevölkerung nothwendig sind, werden der Gegenstand unserer gewissenhaftesten Prüfung sein. Wir werden es als eine unserer Haupt-Aufgaben betrachten, sie dem Geiste des zweiten Titels der Verfassungs-Urkunde: „von den Rechten der Preußen“ anzupassen und dadurch diese Rechte selbst zur Wahrheit zu machen.“

„Die aufgenommene freiwillige Anleihe und die erfolgte Ausgabe von Darlehns-Kassenscheinen haben neben der Verwendung des Staatsschatzes und der regelmäßigen Einnahmen Euer Majestät Regierung in den Stand gesetzt, ohne anderweitige Benutzung des Staatskredits und ohne Steuererhöhung die Mehrausgaben des vorigen, wie den Mehrbedarf des laufenden Jahres zu decken. Wir sehen der in Aussicht gestellten Rechenschaft entgegen. Den Staatshaushalts-Etat sowohl für das laufende Jahr, wie für das Jahr 1850, werden wir gewissenhaft prüfen und nach Maßgabe der wahren öffentlichen Bedürfnisse feststellen, um bei Fortdauer des Friedens, ohne die Vertheidigungsmittel des Landes zu schwächen, diesem doch die Ersparnisse zuzuwenden, welche eine weise Verwaltung der Staatseinkünfte ermöglichen wird. Eine gerechte Steuervertheilung wird wesentlich zur Erleichterung der Lasten des Volkes beitragen.“

„Ew. Majestät Regierung wird uns stets bereit finden, zur innigen Vereinigung aller deutschen Stämme unter einer Verfassung mitzuwirken, welche den Bedürfnissen Deutschlands, wie den gerechten Erwartungen seines Volkes entspricht. Wenn in diesen Tagen von der deutschen verfassunggebenden Versammlung entscheidende Beschlüsse gefaßt werden, so wünschen wir nichts sehnlicher, als daß Ew. Majestät Entschluß übereinstimmend ausfallen möge, damit Preußens Kraft und Ruhm zur Stärkung Deutschlands, wie zur Erfüllung der gespannten Hoffnungen seines Volks unauflöslich mit dem theuren Gesammtvaterlande verbunden werde.“

„Wir haben gern vernommen, daß die friedlichen und freundlichen Beziehungen Preußens zu den fremden Staaten im Allgemeinen keine Störung erlitten haben. Wir hegen die Erwartung, daß Ew. Majestät Regierung mit Dänemark den Bewegungen dieser Staaten folgen und die Preußen gebührende Stimme überall im Sinne der Gerechtigkeit und Ehre, der wahren Interessen Deutschlands wie Preußens geltend machen wird. Bei Befolgung solcher nationalen Politik kann auch die erfolgte Kündigung des Waffenstillstandes von Malmö Seitens der Krone Dänemark uns die Hoffnung nicht rauben, daß die Differenzen mit diesem Lande, durch welche im vorigen Jahre der Frieden und mit ihm Handel und Schifffahrt unterbrochen wurden, endlich auf eine befriedigende Weise erledigt werden.“

v. Berg (gegen den Adreß-Entwurf): Der erste Passus der Adresse hätte einfach aussprechen müssen, daß wir bereit sind, die Revision der Verfassungsurkunde vorzunehmen. Hierzu hat jedoch ber Kommissions-Entwurf eine rein theoretische Erklärung hinzugefügt, die, abhängig von der Rechtsansicht eines jeden, weder von der Meinung dieser noch jener Seite des Hauses Zeugniß ablegen wird. Durch diese theoretische Erklärung wird die bereits in der Kammer vorhandene Spaltung blos noch vergrößert. Sonst habe ich überall in dem Adreß-Entwurf eine Kritik der Regierungsmaßregeln vermißt und nur einen Wiederhall der Thronrede darin gefunden. Nirgends geht die Adresse tiefer in die Gegenstände ein. — Sie haben, meine Herren, aus der Adresse den Entwurf einer konservativen Partei zu geben beabsichtigt. Man braucht nur dem Gange unserer Debatte zu folgen, so sieht man, um was es sich handelt. Sie wünschen den Ministern vertrauen zu können und wir zweifeln an denselben. (Bravo zur Linken.)

Gr. Renard (für den Antrag): Wenn man unser Mandat so ausdeutet, daß wir mit der Krone zu mäkeln und feilschen haben, gewissermaßen als Anwälte zweier streitenden Parteien, so habe ich es nicht so verstanden, und hätte ich es, so würde ich es nicht angenommen haben, hier den Bürgerkrieg zu führen. Daß kein Riß in dieser Beziehung im Volke entstanden, beweist die jetzt allgemeine Begeisterung für die Einheit Deutschlands, denn sie bezieht sich zugleich auf die Würde des angestammten Herrscherhauses, des Königs von Gottes Gnaden. (Bravo rechs, Gelächter links.) Ich halte es für unsere Pflicht, jede Spur einer etwa noch bestehenden Kluft auszufüllen. In der Englischen Marine zieht sich durch jedes Tau ein rother Faden, die d'Estersche Adresse umschlingt die Krone mit einem breiten rothen Bande! (Bravo zur Rechten, ironischer Beifall zur Linken.)

Jakoby: Ich muß mich im Ganzen gegen den Adreßentwurf aussprechen, weil er mir von irrigen Voraussetzungen auszugehen scheint, namentlich davon, daß die oktroyirte Verfassung das rechtsgültige Staatsgrundgesetz sei, die Wiederherstellung der öffentlichen Wohlfahrt herbeiführen werde. Es scheint mir aber nun weder Ort, noch Zeit, uns in dieser Art auszusprechen. Man behauptet, daß das Volk durch die Wahlen die Verfassung anerkannt habe. Ich will hier nicht diesen Streit erneuen, ob es eine rettende That oder der Zielpunkt einer weit ausgedehnten Diplomaten-Konspiration sei; ich muß dies, um mich eines ministeriellen Ausdrucks zu bedienen, der unparteiischen Geschichte überlassen. Man spricht von Anerkennung durch das Volk, diese Versammlung ist aber das einzige rechtmäßige Organ, und wir haben diese Anerkennung noch nicht ausgesprochen, und sind es auch vor Beendigung der Revisions Arbeit, wie sie es zu nennen belieben, gar nicht im Stande. Es mögen Einzelne geprüft und ein Urtheil gebildet haben, aber nicht die Versammlung als solche.

In Bezug auf den Inhalt der Verfassung hebe ich nur Eins hervor: sie verletzt die zwei wichtigsten politischen Grundsätze, welche seit der März-Revolution allgemeine Anerkennung gefunden, nämlich Gleichberechtigung und Selbstregierung, erstere durch die 1. Kammer, letztere durch ein Recht des Ministeriums in Gesetzgebung und Besteuerung, welches auch vor dem März unerhört war. So lange diese Paragraphen nicht geändert sind, dürfen wir dem Rechte des Volks nichts vergeben durch Anerkennung des ministeriellen Vertragsentwurfs. So lange die Verfassung den vollen Grundsatz der Gesetzgebung und Selbstbesteuerung durch das Volk ausspricht, dürfen wir nicht unsere Zustimmung geben, und ohne unsere Zustimmung hat die Verfassung keine Gültigkeit. Es handelt sich darum, ob wir als freie Männer, oder als Freigelassene des Königs von Gottes Gnaden hier stehen! (Beifall links.)

Scherer aus Düsseldorf (für den Antrag): Als in Folge des Konfliktes, in den die National-Versammlung gerieth, und das Land an den Abgrund des Verderbens und der Anarchie gebracht war, damals hatte das Volk Veranlassung, seinen Willen kund zu geben. Damals ist auch die Frage gestellt worden, die Fackel der Anarchie geschleudert, aber das Land hat gerichtet und wir sind hier in Folge der Oktroyirung der Verfassung. Nun soll die Frage noch einmal gestellt, die Fackel noch einmal geschleudert werden, sie wird aber nicht zünden, sondern nur ihren Trägern zum Schaden gereichen. Diese Adresse würde, wenn wir sie erließen, einen bewaffneten Aufstand zur Folge haben und das Volk würde dadurch auf die Höhe der März-Revolution zurückgeführt werden. Unsere Aufgabe ist es, durch die Verfassung Freiheit und Ordnung zurückzuführen.

Waldeck (gegen den Antrag): Sie mögen sich anstellen, wie Sie wollen, Sie sind immer die Anwälte des Volkes, Sie sind von dem Volke hierher gesandt, um für dasselbe zu wirken. Was würde aber das Volk zu seinem Anwalte sagen, wenn er seine Angelegenheiten absichlich verwirrte? Am Schlusse Ihrer Revisionsarbeiten werden Sie sich fragen, ob Sie jene der Freiheit gefährliche Bestimmungen lassen wollen oder nicht. Davon hängt unsere Zukunft ab. Glauben Sie von diesen Männern (auf die Minister deutend), daß sie Ihnen die gebundenen Hände anders lösen werden? So wenig sie den Belagerungszustand aufheben werden, wenn Sie sie nicht dazu zwingen. Aus diesem Grunde lege ich Protest dagegen ein, daß Sie jetzt schon über die Rechtsfrage der Verfassung entscheiden. Der Zeitpunkt ist hierzu erst da, wenn sie fertig berathen ist. Ein Mitglied des vereinigten Landtags hat sich einst auch einer Adresse entgegengestellt, weil es die damals gebotene Verfassung als nicht auf dem Rechtsboden stehend anerkannte. Aus demselben Grunde haben wir jetzt Ihrem Adeß-Entwurf einen andern entgegengestellt.

v. Bodelschwingh: Es liegen der Kammer jetzt 2 Adreß-Entwürfe vor; zu dem einen bekenne ich mich mit vollem Herzen; den andern möchte ich als drn Entwurf unserer politischen Gegner bezeichnen. Beiden Entwürfen kann man in der That nachsagen, daß sie unumwunden das aussprechen, was wir wollen und wunschen, namentlich aber ist der Entwurf unserer Gegner überaus offen und hat mich über Bestrebungen aufgeklärt, von denen ich früher nicht einmal eine Ahnung hatte. (Heiterkeit auf der Linken.) Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir zeigen müssen, ob wir unter dieser oder jener Fahne uns schaaren wollen. Ich habe zwar den Jubel des Volks über die oktroyirt Verfassung nicht gehört; denn ich befand mich damals gerade in ländlicher Zurückgezogenheit; wohl aber habe ich die Stimme des Volks in den Wahlversammlungen vernommen, welche sich so laut und deutlich für die Gültigkeit der Verfassung ausgesprochen hat. Ich begreife nicht, wie Sie meine Herrn (zur Linken) hier sitzen können, wenn Sie jene Stimme überhört haben. — Wir sind als die konstitutionelle Zweite Kammer hierher gesandt; betrachten wir uns nicht als solche, so sind wir eine unbeschlußfähige Versammlung. (Bravo zur Rechten.)

Man sagt zwar auf jener Seite (der Linken): wir sind auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hier. Wäre dies jedoch der Fall, so hätten wir nicht nöthig gehäbt, bei den Wahlprüfungen danach zu fragen, ob ein Abgeordneter die absolute Majorität gehabt oder nicht; denn im allgemeinen Wahlrecht steht kein Wort von einer absoluten Majorität. Wir erkennen die Verfassung als rechtsgültig an und laden Sie zu dieser Aneekennung ein. Wir wollen hier nicht die Berechtigung untersuchen, eine Verfassung zu oktroyiren, wir halten uns nur an das Faktum, Sie drohen uns, daß Sie auch dann an der Rechtsgültigkeit der Verfassung rütteln wollen, wenn wir dieselbe hier ausgesprochen. Ich kann Ihnen nur sagen: wenn wir erst diesen Boden errungen, so fürchten wir die Erschütterung durch Ihre Mäkeleien nicht. Ich fühle meinen Beruf nicht darin, das Volk auf die Höhe der März-Revolution zu stellen, sondern die Rechte, welche dem Volke durch die oktroyirte Verfassung verliehen worden, hier zu wahren und auszuüben, denn wir stehen der Krone mit dem Bewußtsein gegenüaer, daß sie das Wohl des Volkes will und nur über die Mittel haben wir uns zu verständigen. Unsere Adresse ist übrigens keine Adresse der ministeriellen Partei.

(Bravo zur Rechten.)

Haak: Der Vorredner hat gesagt: er wisse nicht, wer das Vaterland an den Rand des Abgrundes gebracht. Diesmal muß ich sein schlechtes Gedächtniß bedauern; denn ich muß ihm erklären, daß das Regierungssystem, dem er vorgestanden, das Vaterland an den Rand des Abgrundes gebracht hat. (Stürmischer Beifall zur Linken, Zischen zur Rechten. Man verlangt vom Präsidenten einen Ordnungsruf für den Redner.)

Der Präsident erklärt: Er finde in der Bemerkung des Abgeordneten Haak allerdings keine faktische Berichtigung, zu der er sich gemeldet, und bitte den Redner, solche persönliche Angriffe zu unterlassen.

Bodelschwingh verzichtet in Folge dieser Zurechtweisung auf das Wort.

Schultze (Delitzsch): Auch wenn man annimmt, daß die Kammer nur auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zusammengetreten ist, so ist bei Prüfung der Wahlen doch nöthig, darnach zu fragen, ob auch der Deputirte die Mehrzahl der Stimmen unter seinen Wählern erhalten. Was daher hier der Abgeordnete von Bodelschwingh in seiner Rede bemerkt hat, kann ich nicht für richtig erachten. Herr v. Bodelschwingh hat übrigens der Kammer so große Rechte beigelegt, daß ich hoffe, er werde vor der Konsequenz unumschränkter Souverainität dieser Kammer selbst zurückschauern. (Heiterkeit.) Auch durch Ihre Bestrebungen, meine Herren, zieht sich ein Faden; ein rother ist es nicht, er hat gar keine Farbe, er ist alt und vermorscht. Hoffen Sie nicht, mit diesem Bande uns noch länger die Hände zu binden, denn es ist ein Zopfband! (Heiterkeit.)

d'Ester: Ich habe in dem Entwurf Alles, nur keinen Rechtsboden gefunden. Daß der Staatsminister von Bodelschwingh von unsern Ansichten keine Ahnung hatte, begreife ich, daraus folgt aber noch nicht, daß das Volk auch keine Ahnung davon habe. Er hat selbst zugestanden, daß es über seinen Horizont gehe, weil er in anderen Kreisen lebe. Unser Grund, auf dem wir stehen, sind die Hoffnungen des Volkes, welches die Revolution angeregt, das Volk hat uns berufen, nicht der Wille des Königs, es wird wohl Niemand glauben, daß das allgemeine Stimmrecht oktroyirt worden wäre, welches durch den Landtag nachträglich eine rechtliche Sanktion erhalten. Wenn Sie aber glauben, daß wir dieses Recht dem bloßen Gefallen der Minister zu verdanken haben, so stehen wir freilich auf ganz verschiedenen Standpunkten. Warum verleugnet man aber die Sucht einer Partei nach früheren Zuständen, die sich nicht als ein farbloses Zopfband, sondern als ein blutrothes über Posen, Schweidnitz im offenen und verdeckten Belagerungszustande über das Land hinzieht. Graf Arnim hat seine Entrüstung über unsere Adresse offen bezeugt, und uns zu derselben aufgefordert. Wir haben Ihren Entwurf nicht mit Entrüstung aufgenommen. (Gelächter rechts.) Lachen Sie nicht, es hat sich oft Lachen in Ernst verwandelt. Wir sind nicht entrüstet, weil Entrüstung mit Furcht verbunden, wir fürchten Sie nicht mehr (Gelächter), eine Partei, welche nicht den Geist der Zeit in sich aufnimmt, eine Adresse, welche nicht der Bildungsstufe der Zeit entspricht, können wir nicht fürchten, nur bedauern und belachen. (Gelächter. Bravo!)

v. Vincke: Wenn von einer ministeriellen Partei die Rede ist, so muß ich mich dagegen verwahren. Ich gehöre nicht zu einer ministeriellen Partei, ich kann es aber nicht für den Beruf des Volksvertreters halten, blos für oder gegen ein Ministerium zu operiren. Wir haben unsere Ueberzeugung auszusprechen. Gerathen die Minister hierbei in Widerspruch mit uns, so werden wir es für ihre Pflicht halten, entweder zurückzutreten oder die Kammer aufzulösen. Dies ist konstitutionell, nicht aber kann ich für konstitutionell halten den Protest der National-Versammlung gegen das Ministerium. Sie konnte es stürzen, aber sie durfte nicht dagegen protestiren. Von einer Seite ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir eine Adresse entworfen haben, welche nicht die Majorität der Versammlung habe. Diese kann sich erst am Schluß der Debatte herausstellen. Wir haben aber geglaubt, gerade der Majorität dadurch genügt zu haben, daß wir die Anerkennung der Verfassung in dem ersten Satze aussprechen.

Dieselbe Anerkennung findet sich ja auch in allen Amendements, und wir sind daher in dem Sinne der Allgemeinheit verfahren. Auch ich bin übrigens ganz damit einverstanden, daß es das wünschenswerthe Resultat dieser Debatte ist, zur Versöhnung der Parteien zu führen. — Wenn uns endlich von einem Abgeordneten der Rheinprovinz der Vorwurf gemacht worden ist, daß sie nicht der Bildungsstufe entspreche, welche das Volk verlangen könne, so muß ich erwiedern, daß es vielfache Bildungsstufen in der Welt giebt, und hinzufügen, daß unsere Adresse allerdings nicht auf das zweifelhafte Glück Anspruch macht, mit dem Abgeordneten d'Ester auf derselben Bildungsstufe zu stehen.

Zur Debatte kommen die beiden ersten Sätze des Kommissions Entwurfs. v. Berg und Kinkel sprechen dagegen; Ulrichs dafür.

Schluß: 3¼ Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag, 10 Uhr.

Locales ꝛc.

Posen, den 20. März. Eben geht uns die verbürgte Nachricht zu, daß in Folge eingetretener Umstände unsere mobil gemachten Truppen (das 14. Regiment und die 3 Landwehr-Bataillone) die Provinz noch nicht verlassen, vielmehr die alten Stand-Quartiere bis auf weiteren Befehl behalten sollen.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Ober-Landesgerichts-Rath Mollard und
Baron von Hertefeld

übernahmen vor 13 Jahren die Herrschaft Gora aus dem Konkurse, und zwar in einem so traurigen Zustande, daß Wohnungen für die Arbeiter fast gar nicht vorhanden waren. Von dem edelsten Gefühlen geleitet, wurde kein Opfer gescheut, um den Menschen ein menschliches Unterkommen zu verschaffen, und so erhielten die Familien ihren Ansprüchen gemäß genügende Wohnungen. Für 60 Familien wurden die Wohnungen erbaut, und ihnen genügende Arbeit dauernd gewährt, und der Lohn stets pünktlich verabfolgt, dafür aber auch eine tüchtige Arbeit gefordert. Durch gegenseitige Pflichterfüllung entstand zwischen Besitzer und Arbeiter ein Vertrauen, welches im vorigen Jahre die schönsten Früchte trug; denn nicht ein Einlieger bennzte die Unruhen, um eine günstigere Veränderung, auch nur zu beantragen. In mitten der Aufregung gingen die Wirthschaftsgeschäfte in Gora ihren ordnungsmäßigen Gang. Allerdings haben die Besitzer dies ehrenwerthe Betragen ihrer Arbeiter, die in der Mehrzahl der Polnischen Nationalität angehören, nach hergestellter Ruhe anerkannt und durch eine extraordinäre Gratification belohnt, jedoch während der Erregung ist den Leuten hierzu niemals eine Hoffnung gemacht worden.

In den Annalen der Landwirthschaft redigirt von dem Dr. Alexander von Lengerke, befindet sich ein Bericht, über eine Reise durch die Provinz Posen, behufs Untersuchung des Zustandes der dortigen Landwirthschaft von Koppen aus Wollny den 26. Juni 1844 datirt, der über die edlen Bestrebungen der Besitzer von Gora sich wörtlich in folgender Weise ausspricht:

„Besonders hervorgehoben muß das Bestreben der Herren Besitzer werden, ihren Arbeitern Wohnungsräume zu geben, die allen Anforderungen genügen und die in den bestcultivirten Ländern Europa's selten so zweckmäßig angetroffen werden

„Dort müssen sie um so mehr auffallen, als die Wohnungen der bäuerlichen Eigenthümer in der Regel nur Hütten gleichen, wie anderwärts kaum Viehställe gefunden werden. Es leidet gar keinen Zweifel, daß der Sinn für Ordnung und aufmerksame Ausrichtung der Arbeiten unter den Tagelöhnern befördert wird, wenn man ihnen bequeme, gesunde und helle Wohnungsräume anweiset und dadurch zeigt, daß man ihr materielles Wohl befördern will.

Die edleren Eigenschaften der Menschen werden in der Regel nur dort angetroffen, wo sie in einer gewissen Behaglichkeit leben und sich des Daseins in physischer Hinsicht erfreuen können."

Wenn Männer, wie Herr Mollard und Herr von Hertefeld schon seit Jahren, für das Volk in der hochherzigsten Weise siegten, so haben sie bewiesen, daß sie den Geist der Zeit erkannt und daß ihnen ein Herz in der Brust schlägt, daß bemüht ist, das Elend der Mitmenschen zu lindern. Möge den einen oder den andern, die Gelegenheit gegeben werden, für unser ganzes Volk wirksam auftreten zu können, wozu vielleicht eine Nachwahl zu den Kammern Gelegenheit geben dürfte.

Würde man doch endlich erkennen, welche Männer befähigt sind, die Rechte des Volks auf eine edle angemessene Art, zu vertreten.

Angermünde, den 18. März 1849.

V. Gerhardt, Oberst-Lieutenant a. D.

Marktberichte. Posen, den 16. März.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr 25 Sgr. 7 Pf. bis 2 Rthlr. 4 Sgr. 5 Pf. Roggen 24 Sgr. 5 Pf. bis 28 Sgr. — Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 14 Sgr. 5 Pf. bis 16 Sgr. — Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Kartoffeln 8 Sgr. 11 Pf. bis 10 Sgr. 8 Pf. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rtlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter der Garnitz zu 8 Pfund 1 Rtlr. 20 Sgr. bis 1 Rtlr. 25 Sgr.

Berlin, den 19. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54—58 Rthlr. Roggen loco 25—26 Rthlr., p. Frühjahr 82pfünd. 24½ Rthlr. Br., 24 G. Mai/Juni 25 Rthlr. Br., 24½ G. Juni/Juli 26 Rthlr. Br., 25½ G. Juli/August 27 Rthlr. Br., 26½ bez. Gerste, große loco 22—24 Rthlr., kleine 19 bis 21 Rthlr Hafer loco nach Qualität 14—15 Rthlr., pr. Frühjahr 48pfd. 13½ Rthlr. Br. Rüböl loco 14 Rthlr. bez. u. Br., 13⅞ G., pr März 14 Rthlr. Br., 13⅚ G. März/April 13⅚ Rthlr. Br., 13¾ G. April/Mai dito, Mai/Juni 13¾ Rthlr. bez u. Br., 13⅔ G. Juni/Juli 13⅔ Rthlr. Br., 13$\frac{7}{12}$ G. Juli/August 13½ Rthlr. bez. und Br, August/Septbr. 13$\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., 13⅓ G., Sept./Oktbr. 13¼ Rthlr. bez. u G., Okt./Novbr. 13⅙ Rthlr. Br., 13 G. Leinöl loco 11 Rthlr. bez. u. Br. Lief. pr. April/Mai 10⅔ Rthlr. bez. u. Br.

Spiritus loco ohne Faß 14⅚ à ¾ Rthlr. verk., pr. März 15 Rthlr. Br., pr. Frühj. 15 Rthlr. bez. Mai/Juni 15½ Rthlr. bez. u. G. Juni/Juli 16 Rthlr. bez. u. Br.

Berliner Börse.

Den 19. März 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	101	100½
Staats-Schuldscheine	3½	79	78½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	96½
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	98¼	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	85¾	—
Grossh. Posener »	4	96½	—
» »	3½	81	—
Ostpreussische »	3½	—	90½
Pommersche »	3½	93	92½
Kur- u. Neumärk. »	3½	93	—
Schlesische »	3½	—	—
» v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	—
Friedrichsd'or	—	13$\frac{1}{12}$	13$\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12¾	12¼
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	74¼
» Prioritäts-	4	—	87
Berlin-Hamburger	4	—	50¾
» Prioritäts-	4½	—	91
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	53¾	53¼
» » Prior. A. B.	4	83	—
» » »	5	94¾	—
Berlin-Stettiner	4	85	85¾
Cöln-Mindener	3½	—	74½
» Prioritäts-	4½	92¼	—
Magdeburg-Halberstädter	4	108	—
Niederschles.-Märkische	3½	—	71$\frac{1}{12}$
» Prioritäts-	4	—	85¼
» »	5	98½	—
» » III. Serie	5	93½	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	91	90¼
» » B.	3½	91	90¼
Rheinische	—	—	—
» Stamm-Prioritäts-	4	—	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	3½	—	48¼
Thüringer	4	—	70
Stargard-Posener	3½	70¼	

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 11. bis 17. März.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
11. März	— 0,8°	+ 2,0°	27 Z. 7,5 L.	NW.
12. »	+ 1,0°	+ 1,5°	27 » 7,8 »	NW.
13. »	+ 1,0°	+ 1,4°	27 » 6,0 »	W.
14. »	— 3,0°	— 1,2°	27 » 8,3 »	W.
15. »	— 5,2°	— 2,0°	28 » 0,8 »	W.
16. »	— 3,5°	+ 1,4°	28 » 0,0 »	NW.
17. »	— 0,8°	+ 2,0°	27 » 9,0 »	W.